

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Rathaus-SPD begrüßt Rückkehr zu G9, pocht aber auf ausreichende Finanzierung der Reform

Zur gestern verkündeten Rückkehr Bayerns zum G9 erklärt die Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Dr. Anja Pröll-Kammerer: „Wir begrüßen es sehr, dass sich das Kultusministerium und die CSU endlich entschieden haben, das verunglückte Experiment G8 zu beenden. Nun haben wir als Kommunen auch die dringend notwendige Klarheit für unsere Schulplanungen. G9 bedeutet schließlich einen höheren Raumbedarf für Schüler und Lehrkräfte, mehr Klassenzimmer, Fachräume und Sporthallen. Für Nürnberg heißt das verbunden mit der wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen in der Stadt wahrscheinlich, dass wir zwei statt einem zusätzlichen Gymnasium benötigen werden. Hier sehen wir den Freistaat gefordert, die durch diese Gesetzesänderung bedingte Kostensteigerung mitzutragen. Wer anschafft, muss auch zahlen, so ja der Grundsatz der Konnexität. Die bisher dazu bekannt gewordene Zahl von 500 Mio. Euro für den Schulbau in ganz Bayern lässt allerdings leider vermuten, dass Städte wie Nürnberg doch wieder auf Mehrkosten sitzen bleiben werden.“

Bei der Ausgestaltung der Reform sieht Pröll-Kammerer noch Nachbesserungsbedarf: „Das Gymnasium um ein Jahr zu verlängern, macht aus dem Gymnasium nicht automatisch eine bessere Schule. Viele Fragen, wie beispielsweise die Lehrpläne aussehen werden, müssen erst noch geklärt werden. Skeptisch sehen wir beispielsweise, dass nach wie vor bereits in der 6. Klasse die zweite Fremdsprache erfolgen soll – etwas, womit viele Schülerinnen und Schüler bislang Schwierigkeiten hatten. Wir hoffen sehr, dass die Zeit bis zum Start des G9 im Schuljahr 2018/19 gut genutzt wird und man sich gründlich Gedanken macht, wie das Gymnasium inhaltlich gestaltet werden soll. Sonst wird das kein „großer Wurf für die bayerische Bildungspolitik“, wie vom Kultusminister Spaenle prognostiziert, sondern eher ein Sprung ins kalte Wasser.“

Nürnberg, 6. April 2017